

19./1. 1916

Preussischer Landtag.

Berlin, 18. Jänner. (Herrenhaus.)
 Präsident Graf Arnim eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er unter Hinweis auf die Kapitulation Montenegro's der Freude Ausdruck gab, daß einer der Feinde, wenn auch der kleinste, zuerst die Konsequenzen aus der militärischen Ueberlegenheit seiner Gegner gezogen hat, und die Hoffnung ausspricht, daß die Erfolge unserer verbündeten Truppen auch weitere Feinde über kurz oder lang zu derselben Erkenntnis zwingen werden, so daß das bis jetzt nach außen noch so stolz erscheinende Gebäude des Vierverbandes, das innerlich schon stark vermorstet ist, in kurzer Zeit zusammenbrechen wird. Ehre und Ruhm aber, fuhr der Präsident fort, den tapferen österreichisch-ungarischen Truppen, die eine Stellung, die schier unmeinembar erschien, gestürmt und damit diesen herrlichen Erfolg erreicht haben. Unsere Glückwünsche gehen hinüber zu unsern Bundesgenossen, und wenn wir heute als Plus auf unsre Seite buchen, daß einer unsrer Feinde sich auf Gnade und Ungnade ergeben hat, so betrachten wir das auch als günstige Vorbedeutung für das endgültige Ergebnis des Krieges. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus beriet sodann das Fischereigesetz, wobei Freiherr v. Richthofen namens der Konservativen eine Erklärung abgab, in der er betonte, daß die Regierung durch die Ankündigung der Wahlreform ohne Zweck und Notwendigkeit zum Bedauern der Konservativen die Verhandlung über grundlegende Fragen der inneren Politik in den Kreis der Erörterungen gestellt habe, obwohl die Regierung wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß die Eintracht der Parteien während der Kriegszeit gewahrt werden müsse. Die konservative Partei halte es daher für ihre Pflicht, der einhelligen Ansicht Ausdruck zu geben, daß der gegenwärtige Augenblick nicht wohl gewählt sei für eine Rundgebung der Regierung, die das Wahlrecht betrifft.

Fürst Saksfeld bedauerte namens der neuen Fraktion, daß das Fischereigesetz zu einem Angriff gegen die Wahlreform zum Anlaß genommen worden sei, und erklärte, seine Fraktion werde die Mitarbeit an einer zeitgemäßen Umgestaltung des preussischen Wahlrechtes nicht versagen. Hiemit war die Ansprache erledigt.